

DIE WELT

Libysche Regierung schickt Armee nach Tripolis

Nach blutigen Zusammenstößen zwischen Milizen und Demonstranten hat die libysche Regierung Armeeeinheiten in die Hauptstadt Tripolis entsandt...

Nord-Mitrovica bekommt serbischen Bürgermeister

Der serbische Norden von Mitrovica, der geteilten Stadt im Kosovo, bekommt in jedem Fall einen serbischen Bürgermeister: Am 1. Dezember müssen sich zwei serbische Kandidaten einer Stichwahl stellen...

Schlag im Niger gegen Menschenschmuggler

Im großangelegten Einsatz gegen Menschenschmuggler ist den Behörden des westafrikanischen Niger ein Schlag gegen eins der Netzwerke gelungen...

Bürgermeister in Ugandas Hauptstadt festgenommen

Die ugandische Polizei hat am Montag den Bürgermeister der Hauptstadt Kampala sowie mehrere Parlamentarier der Opposition festgenommen...

U-Haft verlängert für Greenpeace-Aktivisten

Im Fall der in Russland eingesperrten Greenpeace-Aktivisten hat ein Gericht mit der Anhörung zur Verlängerung der Untersuchungshaft um drei Monate bis zum 24. Februar 2014 begonnen...



DAVID GRAY/REX

Auf Süd-Tarawa, das zum Pazifik-Archipel Kiribati gehört, rückt das Wasser immer häufiger bis direkt an die Wohnhäuser heran.

„Kampf gegen Armut ist wichtig“

Der Bonner Geograph Patrick Sakdapolrak über Umweltflüchtlinge und mögliche Hilfen für betroffene Länder

ZUR PERSON



Patrick Sakdapolrak ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Geographischen Institut der Universität Bonn.

Er leitet eine vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderte Nachwuchsgruppe zu Umwelt und Migration.

Aktuell erforscht er, wie Migration dazu beitragen kann, den Klimawandel besser zu bewältigen.

der Migration auch in Zeiten des globalen Umweltwandels die zentrale Rolle.

Die britische Umweltparte Norman Myers erwartet, dass es bis 2050 weltweit rund 250 Millionen Umweltflüchtlinge geben könnte.

Welche Regionen sind besonders betroffen? Die Sahelzone in Afrika, außerdem Länder in großen Deltaregionen wie Bangladesch oder in Küstengebieten und Inselstaaten...

Forscher warnen vor einer Verschärfung durch den Klimawandel, unter anderem wegen Problemen bei der Nahrungsmittelproduktion.

FLUCHT VOR ZERSTÖRUNG

Phänomene wie die Ausbreitung von Wüsten, anhaltende Dürren, der Anstieg des Meeresspiegels oder Zerstörungen durch Wirbelstürme können Menschen dazu zwingen, ihre Heimat zu verlassen.

Der UN-Hochkommissar für Flüchtlinge (UNHCR) schätzte die Zahl der Betroffenen 2002 auf 24 Millionen.

beim Umgang mit Umweltveränderungen. Hier sind in erster Linie die Nationalstaaten gefragt.

Maßnahmen. Zentral wäre ein neues verbindliches Klimaschutz-Abkommen als Nachfolger des Kyoto-Protokolls.

Was muss die internationale Politik tun? Wir brauchen einen Mix von

ZUR PERSON

Patrick Sakdapolrak ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Geographischen Institut der Universität Bonn.

Er leitet eine vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderte Nachwuchsgruppe zu Umwelt und Migration.

Aktuell erforscht er, wie Migration dazu beitragen kann, den Klimawandel besser zu bewältigen.

der Migration auch in Zeiten des globalen Umweltwandels die zentrale Rolle.

Die britische Umweltparte Norman Myers erwartet, dass es bis 2050 weltweit rund 250 Millionen Umweltflüchtlinge geben könnte.

Welche Regionen sind besonders betroffen? Die Sahelzone in Afrika, außerdem Länder in großen Deltaregionen wie Bangladesch oder in Küstengebieten und Inselstaaten...

Forscher warnen vor einer Verschärfung durch den Klimawandel, unter anderem wegen Problemen bei der Nahrungsmittelproduktion.

FLUCHT VOR ZERSTÖRUNG

Phänomene wie die Ausbreitung von Wüsten, anhaltende Dürren, der Anstieg des Meeresspiegels oder Zerstörungen durch Wirbelstürme können Menschen dazu zwingen, ihre Heimat zu verlassen.

Der UN-Hochkommissar für Flüchtlinge (UNHCR) schätzte die Zahl der Betroffenen 2002 auf 24 Millionen.

beim Umgang mit Umweltveränderungen. Hier sind in erster Linie die Nationalstaaten gefragt.

Maßnahmen. Zentral wäre ein neues verbindliches Klimaschutz-Abkommen als Nachfolger des Kyoto-Protokolls.

Was muss die internationale Politik tun? Wir brauchen einen Mix von

Deutschland stürzt ab

Klimaschutz-Index attestiert mangelnden Willen zu CO2-Reduktion

Von Joachim Wille

Deutschland ist in einem aktuellen Ranking erstmals aus der Spitzengruppe der Länder mit einer ambitionierten Klimaschutz-Politik herausgefallen.

Der Index wird seit dem Jahr 2005 erstellt. Bewertet werden die Entwicklung des CO2-Ausstoßes pro Kopf sowie die von den Regierungen ergriffenen politischen Maßnahmen.

Außerdem monieren sie die deutsche Bremsenrolle in der EU-Politik, etwa der Reform des Emissionshandels.

Ausstoß der 58 Staaten, die für rund 90 Prozent der weltweiten Emissionen verantwortlich sind, auch 2012 einen neuen Rekord erreicht haben.

Daher haben die Studienautoren von Germanwatch und CAN die ersten drei Plätze in der Bewertung unbesetzt gelassen.

Es werden zwar derzeit mehr Treibhausgase ausgestoßen, doch es gibt einen Lichtblick

Trotz des global noch wachsenden Treibhausgas-Ausstoßes machen die Experten einen Lichtblick aus: Es gebe Anlass zu der Hoffnung, dass die Emissionen etwa im Jahr 2020 den Höchststand erreichen und dann sinken könnten.

Außerdem monieren sie die deutsche Bremsenrolle in der EU-Politik, etwa der Reform des Emissionshandels.

lung von Wirtschaftswachstum und Emissionen sei bereits erreicht, sagte Jan Burck, Hauptautor der Studie.

Unter den Industrieländern führen Australien und Kanada eine besonders schlechte Wertung ein. Australien fiel von Platz 51 auf 57, nachdem die neue konservative Regierung in Canberra das australische Klimaziel für 2020 zurückgefahren und die Pläne für einen Emissionshandel gestoppt hat.

Tepco birgt Brennstäbe

Viel Arbeit in Fukushima

Zweiinhalb Jahre nach der Atomkatastrophe im japanischen AKW Fukushima hat die riskante Bergung der Brennstäbe begonnen.

Der Abbau der gesamten Atonanlage wird wohl mehrere Jahrzehnte in Anspruch nehmen und zig Milliarden Dollar verschlingen.

Frankfurter Rundschau Die Frankfurter Rundschau erscheint im Verlag der Frankfurter Rundschau GmbH.

Der Kohle aufs Dach gestiegen

Umweltschützer protestieren gegen Gegengipfel der Fossilen

Von Joachim Wille

Es war ein Coup der Extraklasse. „Wer regiert Polen? Die Kohle-Industrie oder das Volk?“

Ein paar Leute der Umweltorganisation waren mit einem Feuerwehr-Leiterwagen vorgefahren

Das Wiedermachen sei machbar. Die WCA-Strategie: Alte, ineffiziente Kohlekraftwerke, wie sie Entwicklungsländern oder auch Osteuropa noch laufen, sollten durch moderne Meiler mit höherem Wirkungsgraden ersetzt werden.

Atemschutz-Masken verteilt

Nicht nur Greenpeace war angekrückt. Umweltschützer, Vertreter von Ärztenverbänden, polnische Bürger, deren Gemeinden vom Erdboden verschwinden sollen, weil Braunkohle-Tagebaue erweitert werden sollen, protestierten

gegen den Gipfel im Ministerium. Sie verteilten Atemschutz-Masken, führten kritische Sketche auf, skandierten Slogans.

Drinnen im Ministerium sah man die Sache ganz anders. Der Gipfel-Gastgeber, Polens Vizepremier und Wirtschaftsminister Janusz Piechociński, unterstrich, wie wichtig Stein- und Braunkohle auch zukünftig für die Energieversorgung des Landes sei.

CO2-Ausstoß des gesamten Energiesektors weltweit um 20 Prozent vermindern“, sagte Catalin. Eine weitere Hauptrolle in den Debatten im Ministerium spielte die, allerdings ebenfalls umstrittene, Hoffnungstechnologie CCS.

Kritik an UN-Klimachefin Den Versuch, zwischen den vereinbarten Positionen zu vermitteln, machte die Chefin des UN-Klimasekretariats, Christiana Figueres. Sie erschien persönlich beim Kohle-Gipfel, was ihr im Vorfeld harsche Kritik von Greenpeace und Co. eingebracht hatte.

Denken Sie an die Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Hellerhofstraße 2-4, 60327 Frankfurt am Main.

Frankfurter Rundschau Die Frankfurter Rundschau erscheint im Verlag der Frankfurter Rundschau GmbH.

Druck: Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH, Kurhessenstraße 4-6, 60456 Mörfelden-Walldorf.